S5 Kaputt gepflegt

Gremium:	Landesausschuss
Beschlussdatum:	07.10.2023

Antragstext

Genug geklatscht, wir sind es leid. Eine Entlastung der Pflegenden muss her, daher fordern wir als Jusos Thüringen:

- Eine gesetzlich vorgeschriebene 4-Tage-Woche für alle Pflegenden.
- Eine einheitliche, tarifgebundene Vergütung.
- Eine Kampagne zur Gewinnung von Auszubildenden für die Pflegeberufe.
- Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Personaluntergrenzen.
- Eine Verschärfung des Pflegeschlüssels, wobei nur Pflegefachkräfte gezählt werden dürfen.
- Ein Programm zur Rückgewinnung von Pflegenden, welche nicht mehr im Bereich der Pflege arbeiten.
- Die Privatisierung von Pflegeeinrichtungen stoppen und den Ausbau kommunaler Trägerschaften unterstützen und fördern.
- Ein Ende der Profitgier im Gesundheitswesen im Allgemeinen und Krankenkassen im Besonderen.
- Die Schaffung einer Pflegekommission auf Landesebene, bestehend aus Pflegenden, Fachpolitiker:innen und einem Mitglied der Landesregierung

Begründung

Nach 3 Jahren Pandemie wird eins immer deutlicher, die Pflege blutet personell aus. Was schon vor der Pandemie zunehmend ein Problem war, hat sich durch die Pandemie nur noch verstärkt. Ein noch höherer

Pflegeaufwand in Kombination mit Personalausfällen und dem damit verbundenen Einspringen hat dazu geführt, dass Pflegende ihren Beruf aufgeben. Schon vor 2020 war eines der größten Probleme die vorherrschenden Arbeitsbedingungen. Zu viele Patienten auf zu wenige Pflegende, so lässt sich keine adäquate Versorgung sicherstellen.

Wir brauchen eine Kampagne, um examinierte Pflegefachkräfte wieder zurückzugewinnen. So kann ein Teil des Fachkräftemangels behoben werden.

Entscheidend für die Gewinnung neuer Fachkräfte ist die Ausbildung. In einigen Einrichtungen werden es kontinuierlich von Jahr zu Jahr immer weniger Bewerbungen. Viele Stellen werden daher nicht besetzt, vor allem in ländlichen Regionen. Die Folge daraus wird sein, dass auch hier im Laufe der Zeit und im Zusammenhang mit dem altersbedingten Ausscheiden von Pflegenden langfristig Einrichtungen nicht aufrechterhalten werden können. Ein Mangel an Pflegeplätzen und Engpässe in der medizinischen Versorgung sind die logische Konsequenz.

Als sozialistischer Verband muss uns die Gesundheit der Menschen mehr am Herzen liegen als die Gier nach immer mehr Profiten von Großkonzernen. Die Abschaffung der Privatisierung im Gesundheitswesen ist daher unser oberstes Ziel und wir unterstützen daher den Ausbau der kommunalen Trägerschaft. Dieser Ausbau muss zusätzlich stärker von Seiten der Landesregierung unterstützt werden.

Um die Belange der Pflegenden besser in die Landespolitik zu integrieren, soll eine Kommission ins Leben gerufen werden, die aus den Fachkräften, Fachpolitiker:innen und einem Mitglied der Landesregierung besteht. So werden mögliche Probleme frühzeitig erkannt, ein ständiger Dialog wird sichergestellt und Maßnahmen können frühzeitig ergriffen werden.